



Hvereins-Anzeiger

Organ des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder

Nr. 15

Das Blatt erscheint jeden Sonnabend.
Abonnementpreis M. 1,50 pro Quartal.
Redaktion und Expedition: Hamburg 25,
Gaus-Brück-Strasse 1, Fernspr. 5, 8246.

Hamburg, den 13. April 1918

Anzeigen kosten die halbspaltige Row-
paleilzeile oder deren Raum 50 Pfg. (Der
Betrag ist stets vor der Einsendung).
Verbandsanzeigen kosten 25 Pfg. die Zeile.

32. Jahrg.

Kollegen! Werbt neue Mitglieder für den Verband!

Zur diesjährigen Frühjahrsagitation.

Vor dem Kriege erschien es uns als selbstverständlich, daß jedes Frühjahr tausende, ja gehäufte Berufs-Kollegen unserm Verbande zuströmten. Dabon ging uns zwar immer wieder ein großer Teil durch Berufswechsel und Abreise nach Orten, in denen wir keine Filiale besaßen, oder nach dem Auslande, verloren; andere wurden Arbeitgeber, oder, weil in ihren Anschauungen noch nicht genügend gefestigt, zunächst durch Wechsel der bisherigen Arbeitsstätte wieder fahnenflüchtig; manche waren Kleinmützig genug, aus nichtigen persönlichen Gründen, oder weil sie glaubten, an den Verbandsbeiträgen sparen zu müssen, der Organisation den Rücken zu kehren; mehrere hundert unserer Mitglieder starben alljährlich.

Trotz dieses größten Teils in unsern eigenartigen Berufsverhältnissen begründeten Abganges — auch daß wir vor dem Kriege noch keine Arbeitslosenunterstützung zahlten, spielte dabei eine Rolle mit — gewannen wir doch seit langem alljährlich eine größere Anzahl Mitglieder hinzu, die dann im Laufe der Zeit zu treuen Kämpfern und tatkräftigen Agitatoren für unsere gerechte Sache wurden.

So hatten wir es 1912 in unausgesetzter Vorwärtsentwicklung auf 5050 Mitglieder gebracht. Der große Tarifkampf im darauffolgenden Jahre ließ diese stolze Ziffer zwar auf 44842 herunterfallen; doch bereits die Erfolge unserer Agitation im Frühjahr 1914 zeigten, daß wir schon damals wieder den ganz natürlichen Rückgang ausglich, ja überholt hatten.

Da brach wie ein alles hinwegfegendes Unheil der Weltkrieg herein. Nahezu 15 000 unserer Mitglieder mußten in kürzester Frist zum Militär, zahlreiche Filialverwaltungen wurden auseinandergerissen oder völlig aufgegeben, ganze Filialen reiflos eingezogen. Was so nicht gesichert wurde, geriet durch die fast vollständige Arbeitslosigkeit und die allgemeine Furcht vor schlimmsten wirtschaftlichen Notständen in Verwirrung. Als die Situation einigermaßen geklärt, die Bevölkerung beruhigt und das Wirtschaftsleben wieder in geordnetere Bahnen geleitet war, nahmen unsere Kollegen in größerer Zahl Arbeit in andern Berufen und Industrien an; ein Zustand, der sich immer mehr befestigte.

All dies und die immer fortwährenden Einberufungen zum Militär, die uns bis Ende 1917 nicht weniger als 30 168 unserer Mitglieder kosteten, lasteten schwer auf der Tätigkeit der Organisation und ließen im Verein mit der sich ständig verschlechternden Lage des Malergewerbes die Mitgliederzahl unseres Verbandes zurückgehen und die Werbetätigkeit der vom Kriegsdienst verschonten und im Berufe verbliebenen Kollegen erlahmen.

Konnten wir auch im Jahre 1915 noch 3188, dann 2841 und im letzten Jahre 2420 Aufnahmen machen, so reichte dies doch nicht aus, um den großen Abgang aus den erwähnten Gründen in dieser Zeit auszugleichen; nur 1917 konnten wir unsere Mitgliederzahl auf gleicher Höhe halten.

Diese Tatsache nach mehr als dreijähriger schwerer Kriegszeit erfüllt uns indes mit neuer Hoffnung und zeigt, daß trotz aller bestehenden Schwierigkeiten dennoch gewisse agitatorische Erfolge nicht ausgeschlossen sind, wie leider mancher unserer Kollegen annimmt.

Darum muß jetzt, zu Beginn des Frühjahres, wo draußen in der Natur alles, was monatelang ausruhte, zu neuem Leben erwacht, und wo sonst stets für unsern Verband die Zeit der Ernte war, mit allen möglichen Mitteln

An unsere Mitglieder beim Militär!

Die Filialverwaltungen und der Vorstand unseres Verbandes bemühen sich seit Kriegsbeginn, mit den Mitgliedern im Felde, in Kasernen und Lazaretten in ständiger Fühlung zu bleiben. Tausende unserer „Vereins-Anzeiger“ gehen regelmäßig an jeden Kollegen ab, dessen Adresse ihnen bekannt wird. Damit hierin keine Störung eintritt, ersuchen wir unsere Kriegsteilnehmer bringend, etwaige Adressenänderungen und die jetzigen neuen Adressen immer sofort der Stelle, von der aus der Versand erfolgt, zu melden.

Mit vielen unserer Kriegsteilnehmer stehen wir auch fortgesetzt in brieflichem Verkehr. Jeder einfache Freundschaftsgruß und jede Schilderung besonderer Erlebnisse wird stets freudig entgegengenommen. Der große Umfang dieser Eingänge, besonders jetzt wieder aus Anlaß des Osterfestes, macht es aber unmöglich, sie immer oder sofort zu beantworten. Wir bitten daher, daß nicht etwa als mangelndes Interesse für unsere Kriegsteilnehmer zu deuten oder auf Nachlässigkeit zurückzuführen, sondern dennoch auch weiter uns Nachrichten zugehen zu lassen.

Der Verbandsvorstand.

für unsere Sache und für die Gewinnung von Mitgliedern gewirkt werden.

Unsere Agitation muß zum Ziele haben:

1. Neue Mitglieder der Organisation zuzuführen;
2. Mitglieder, die in ihrer Ueberzeugung vom Werte der Organisation noch nicht gefestigt und sich ihr zu entfremden im Begriffe sind, zu erhalten.

Aufgabe jeder Filialverwaltung ist es, die Mittel anzuwenden, um dieses zu erreichen. Natürlich können die Mitglieder der Filialverbände die gesamte Agitation nicht allein betreiben; jeder einzelne Kollege muß ein Agitator sein. Was wir aber von unsern Filialverwaltungen fordern, ist, daß sie die Mitglieder zur Werbetätigkeit anregen, diesen den nötigen Stoff dazu verabreichen und — was unbedingte Voraussetzung größerer Erfolge ist — die Agitation planmäßig gestalten.

Da müssen, wenn halbwegs möglich, öffentliche oder Mitgliederversammlungen veranstaltet werden, in denen Aufklärung über den Zweck und den Nutzen des Verbandes sowie über seine bisherigen Leistungen und zukünftigen Aufgaben gegeben wird. Ausgerüstet mit diesen Aufschlüssen muß dann an die, die den Versammlungen fernbleiben, herangetreten werden.

Das kann geschehen in der Wohnung des Unorganisierten oder Wankelmütigen durch planmäßig vorbereitete und an der Hand gesammelter Adressen durch Beauftragte besorgte Hausagitation, ferner durch Werkstattbesprechungen, aber auch durch Agitation während der Arbeitspausen oder bei allen sonstigen sich sehr oft bietenden Gelegenheiten durch persönliche Aufklärungsarbeit.

Selbstverständlich ist das größte Gewicht stets auf eine gutfunktionierende Hausagitation zu legen. Und

gerade den damit betrauten Kollegen bietet sich beim Zusammenkommen mit den Mitgliedern und vor allem mit deren Familienangehörigen sehr oft Gelegenheit zur Agitation. Hierbei kann Aufklärung verbreitet, auf wichtige Artikel unseres „Vereins-Anzeiger“ und Maßnahmen des Verbandsvorstandes und der Filialverwaltung aufmerksam gemacht, Adressen Unorganisierter oder Zugerister erforscht und diese aufgesucht oder der Filialleitung übermittelt werden.

In einer Reihe Städte, wo man in den letzten Wochen bereits mit planmäßiger Agitation einsetzte, ist es gelungen, weit mehr Aufnahmen zu machen, als in den letzten Jahren; ein Beweis, daß dort, wo der Wille zu bestimmter Tätigkeit vorliegt, auch gegenwärtig Erfolge möglich sind. Vor allem sollte man sich nicht von der Agitation abdrängen lassen, weil man glaubt, es wären nicht genügend Unorganisierte mehr vorhanden. Stets zeigt sich, daß bei genauem Zusehen deren Zahl größer ist, als man vermutet; wenn nicht in Malerbetrieben, so sicher in der Industrie, abgesehen etwa von kleinen Orten.

Eine besondere Aufgabe besteht jetzt darin, nach Kollegen Umschau zu halten, die vom Militär entlassen sind, ohne daß sie sich wieder zum Verband melbten. Leider gibt es solcher nicht wenige. Dazu gehören auch die von bestimmten Betrieben reklamierten oder vom Militär abkommandierten, die oft glauben, solange sie nicht entgültig entlassen sind, der Organisation nicht angehören beziehungsweise keine Beiträge zahlen zu brauchen.

Das ist ein Irrtum, auf den wir schon mehrfach aufmerksam machen. Diese Kollegen, wie auch die schon Entlassenen, müssen, sobald sie in Arbeit stehen, dem Verbande gegenüber ihre Pflicht erfüllen. Geschieht das nicht und treten dann Krankheits-, Todesfälle, Arbeitslosigkeit, Streik, Aussperrung, Mahregelung oder andere Notstände ein, brauchen sie Rechtschutz oder sonstige Hilfeleistungen vom Verbande, so erwächst ihnen unabwehrbringlicher Schaden.

Wir erwarten von unsern Filialverwaltungen und Mitgliedern, daß sie bei allen sich bietenden Gelegenheiten stets, vor allem aber in den nächsten Wochen eifrig bemüht sind, ihrer Organisation neue Mitglieder zuzuführen und wankelmütige zu festigen, wobei ihnen der Aufzug im letzten „Vereins-Anzeiger“ zur Frühjahrsagitation für unsern Verband wertvolles Material über dessen sozialpolitische Tätigkeit seit Kriegsausbruch, über seine Erfolge bei der Festsetzung von Steuerzuschlägen, ferner über seine finanziellen Leistungen zur Unterstützung der Mitglieder und deren Angehörigen bietet.

Natürlich muß sich unsere Agitation gerade jetzt in ganz besonderem Maße auch auf die Industriebetriebe erstrecken, in denen unsere Kollegen gegenwärtig in großer Zahl beschäftigt sind. Denn diese Berufsgenossen gehören zu uns; sie werden später doch zumeist wieder zu ihrem eigentlichen Berufe zurückkehren.

Wir fordern alle Kollegen zu eifriger Mitarbeit auf. Sorgt, daß die nichteingezogenen Kollegen unserm Verbande zugeführt, unschlüssige gefestigt werden und vom Militärdienst entlassene, reklamierte oder abkommandierte Mitglieder ihre Beiträge weiter entrichten, damit sie ihre frühere Mitgliedschaft aufrecht erhalten können.

Sehe jede Filialverwaltung und jeder einzelne Kollege seine Ehre darin, daß die Mitgliederzahl unseres Verbandes dieses Jahr in allen Orten bestimmt erhöht wird.

Warum keine Höchstlöhne?

Die landwirtschaftlichen Blätter, allen voran die „Deutsche Tageszeitung“, hat bisher die Schuld an den unerhörten Preistreibern auf dem Lebensmittelmarkt den — Arbeitern in die Schuhe geschoben. Die „hohen Löhne“ der Munitionsarbeiter sollen nämlich schuld sein, daß die Preise so rapid in die Höhe gehen. Es wurde demgegenüber darauf hingewiesen, daß bei Kriegsausbruch schon unerhörte Preistreiber einsetzten, als man von „hohen Löhnen“ noch gar nicht reden konnte, im Gegenteil: als die Löhne herabgesetzt wurden. Es wurde ferner nachgewiesen, daß die Lohnsteigerungen notwendigerweise wegen der hohen Preise erfolgen mußten, und daß selbst die Arbeitgeber bei der Gewährung von Teuerungszulagen als Grund angeben, den Arbeitern das Durchhalten in dieser schweren Zeit zu ermöglichen. Das Wort „Teuerungszulagen“ besagt doch schon, daß die Lohnzulagen erfolgen, um sich die teuren Produkte kaufen zu können. Jetzt wagt ein früherer Generaldirektor eines großen ober-schlesischen Wertes in der „Deutschen Tageszeitung“ vom 3. März 1918 die Frage auf: „Wo liegt die eigentliche Ursache der Zunahme des Schleichhandels und der Schwirrigkeiten der gerechtem Verteilung der Lebensmittel?“ und er antwortet prompt: „Sie liegt daran, daß Höchstpreise für Arbeitslöhne nicht festgesetzt wurden!“ Also sind die bösen Arbeiter nicht nur an der Teuerung schuld, sondern auch am Schleichhandel und an der mangelhaften Verteilung und andern! Die Arbeitslöhne steigen ins Ungemessene... Die Höchstpreise für die Produkte kommen nur langsam nach.“ Das wagt ein Generaldirektor zu behaupten, der dreieinhalb Jahre nicht auf dem Lande, sondern auf der Erde gelebt haben will. Er müßte sich einmal die kleine Broschüre zulegen „Lebenshaltung im Kriege“, die kürzlich vom Kriegsanschluß für Konsumenteninteressen den Reichsbehörden sowie den bundesstaatlichen Regierungen überreicht worden ist. Dort sind auf wenigen Seiten die Preise für die wichtigsten Lebensmittel und Verbrauchsartikel, verglichen mit dem Einkommen der Arbeiter, Beamten und Privatangestellten, aufgeführt. Er hätte auch die Sonderbeilage zum „Reichsarbeitsblatt“ lesen können, in der über die Ausgaben einer Anzahl Familien Erhebungen veröffentlicht wurden. In der Broschüre sind die Preise in 51 preussischen Städten im September 1917 im Vergleich zum September 1913 angegeben, und zwar auf Grund der „Statistischen Korrespondenz“ des Königlich Preussischen Statistischen Landesamts in Berlin. Wir finden Preissteigerungen bei Getreide um 165 pZt., Weizen 124 pZt., Linsen 229 pZt., Kartoffeln 188 pZt., Butter 110 pZt., Schweinefleisch 181 pZt., Backobst 221 pZt., Milch 79 pZt., Eier 301 pZt., Rindfleisch 253 pZt., wenn auch einzelne andere Lebensmittel nur um 20 bis 50 pZt. gestiegen sind. Dafür sind aber im Jahresdurchschnitt Kartoffeln in verschiedenen Städten verschieden gestiegen. So in Berlin um 214 pZt., Gildesheim 200 pZt., Nachen 188 pZt., Brandenburg sogar um 300 pZt. Und Fleisch? Nach den Veröffentlichungen des Kaiserlichen Statistischen Amtes sind die Preise im Kleinhandel bei Rindfleisch in den verschiedenen Städten zwischen 86 pZt. und 207 pZt. und bei Schweinefleisch zwischen 54 pZt. und 164 pZt. gestiegen. Die Kohlenpreise stiegen bis zu 237 pZt. Die Preise für Herren- und Damenstoffe, Anzüge, Kurzwaren, Strümpfe, Wäsche, Haushaltsgegenstände braucht man gar nicht anzuführen. Ein Stückchen Seife, das man früher für 25 A kaufte, kostet heute A 3,75, ein Scheuerluch statt 25 A 2,50, ein Topf statt A 1 A 4. Die Schuhe sind demnach in Preise gestiegen, daß man es in Prozenten fast nicht mehr ausdrücken kann. Die Höchstpreise sind dabei überall zu Mindestpreisen geworden.

Wie steht es denn mit den Löhnen? Zu Beginn des Krieges gingen sie zurück. Das Kaiserliche Statistische Amt hat festgestellt, daß für die männlichen Arbeiter vom März bis September 1914 ein Rückgang von A 5,17 auf A 5,12 zu verzeichnen ist. 1916 erst zogen langsam die Löhne an, weil die Preise rapid gestiegen waren. Bei Verhandlungen über abgelaufene Tarifverträge gab man zögerlich 5 bis 15 pZt. Teuerungszulage. Weil die Preise weiterstiegen, mußten naturgemäß höhere Zulagen erfolgen. Das Kaiserliche Statistische Amt stellt vom März 1914 bis September 1916 eine Lohnsteigerung von 46 pZt. fest. Die Löhne schwanken aber nach den einzelnen Berufszweigen sehr. Am ungünstigsten liegen naturgemäß die Verhältnisse in den nicht als Rüstungsindustrie in engerem Sinne anzuprehenden Berufszweigen: Tabakindustrie, Textilindustrie, Schneidergewerbe, Ledergerber, Buchdruckergerber und andere mehr. In diesen Gewerben ist gegen 1914 und 1918 nur eine Lohnsteigerung beziehungsweise Teuerungszulage von 10 bis 50 pZt. festzustellen. Kaufmännische Angestellte haben heute noch Löhne von A 150 bis A 250 monatlich. Die Teuerungszulagen für die Beamten im Reich und in den Einzelstaaten bewegen sich auch in recht bescheidenen Grenzen; für Unberufte bis zu 16 pZt., für Verheiratete bis zu 31 pZt. bei entsprechender Kinderzahl entsprechend mehr.

An der Hand dieser wenigen Zahlen läßt sich feststellen, daß kaum ein Lebensmittel gegenüber dem Friedenspreise unter 100 pZt. Aufschlag, vielfach aber bis 200 pZt. und darüber zu haben ist. Nimmt man die Steigerungen für Wäsche, Wohnungen, Heizung usw. hinzu und stellt daneben die ermittelten Lohnsteigerungen, dann muß jeder objektiv Urteilende zugeben, daß die Lohnsteigerungen der Teuerungszulagen der Preise für Lebensmittel und Bedarfsgegenstände langsam gefolgt sind und heute noch weit hinter den Anforderungen zurückbleiben.

Die Ursache des Schleichhandels und der mangelhaften Verteilung der Lebensmittel ist nach Ansicht des Herrn Generaldirektors auf die ins Ungemessene gestiegenen Arbeitslöhne zurückzuführen.

Wir wollen uns nicht in Auseinandersetzungen darüber einlassen, wer den Schleichhandel veranlaßt hat, wo man sich am meisten „durchschleichen“ und wo die höchsten Preise gezahlt werden. Die „Deutsche Tageszeitung“ wird ja auch die Unterschiede zwischen den Preisen, die in Berlin WW und in Arbeitervierteln gezahlt werden, kennen, und sie wird auch den Unterschied in den Quantitäten kennen, die nach den Arbeiterhäushalten halbfund-

Organisation ist Leben.

Was nicht organisiert ist, ist im öffentlichen Leben so gut wie nicht vorhanden. Die billige Sympathie, die sich begnügt mit einem Beifall in einer Versammlung und allgemeiner Gefühlsaufwallung, ist, staatsbürgerlich betrachtet, außerordentlich wenig wert. Das Wort eines Vortrages verhallt, das Wort einer Schrift wird übertönt von tausend neuen Eindrücken des Alltags — nur der fest organisierte, der sich als lebendiges Glied eines kämpfenden Ganzen fühlt, wird zuletzt fähig, wirklich zu helfen! Doch, was bedarf es der Worte? Wenn die große Zeit, in der wir leben, überhaupt eine Lehre deutlich gemacht hat, so ist es die von dem entscheidenden Werte (ester, planvoller Organisation!)

weise und nach Berlin WW im Auto oder gar im Lastwagen gebracht werden. Und dann noch einen Umerschleib. Die „Deutsche Tageszeitung“ hat vielleicht Verständnis für folgendes: Ein Arbeiter beschafft sich 1 Pfund Fett im Schleichhandel, ein Pfund von dem berühmten Mäckeraal zu A 12 oder Speck zu A 15, um bei seiner anstrengenden Tätigkeit seine Kräfte aufrechtzuerhalten zu können und Sonntags, werktags, Tag und Nacht vor glühendem Feuer, vor raselnden Maschinen, in Gift geschwängerten Räumen oder tief unten in der Erde zu schaffen und zu wirken, damit wir den Krieg gewinnen können. Ein Kriegsgewinnler dagegen beschafft sich dasselbe nur in größeren Quantitäten, um bei der Flasche Wein oder Sekt oder bei ähnlichen Gelegenheiten besser durchhalten zu können. Die Arbeiterschaft hat gegen Höchstlöhne grundsätzlich nichts einzuwenden; dann muß es aber auch wirkliche Höchstpreise geben, und zwar erschwängliche Höchstpreise, und nicht nur das, sondern auch Produkte zum Höchstpreis. Die Landwirtschaft verlangt immer höhere Preise, und dem Verlangen wurde größtenteils nachgegeben. Auch für die neue Ernte sind wieder höhere Preise verlangt worden. Und sie werden auch gewährt, um die Produktion „anzuregen“. Die Konsequenz von Höchstlöhnen wären nicht nur Höchstpreise, sondern auch Höchstgewinne. Ob sich der frühere Generaldirektor des großen ober-schlesischen Wertes, der gewiß heute noch an dem Gewinn partizipiert, die Folgen klargemacht hat? Oder hat er sich nicht gedacht, die Dividenden von 100 und mehr Prozent, abgesehen von den Gratifikationen und Abschreibungen bis auf A 1, könnten so weitergehen; die Preise für landwirtschaftliche Produkte könnten weiter steigen, dergleichen die Preise für Bedarfsgegenstände, für Weizen usw., und gegenüber den Arbeitern könnte man verordnen, daß neue Lohnforderungen der Arbeiter vor heute ab nicht mehr gestellt werden dürfen.“ Man hat zwar heute schon den Arbeitsmangel auf Grund des Hilfsdienstgesetzes eingeführt, der doch hauptsächlich für die Arbeiter gilt; man soll nun auch noch ein Gesetz machen, daß keine Lohnforderungen mehr gestellt werden dürfen. Zur Veröhnung zwischen Stadt und Land tragen derartige Abhandlungen, wie man sie immer wieder in der „Deutschen Tageszeitung“ findet, keineswegs bei. Und wenn wir einmal in Erwiderung auf den Artikel ein etwas deutliches Wort geredet haben, so soll man uns nicht Bruch des Burgfriedens vorwerfen. Die „Deutsche Tageszeitung“ provoziert geradezu derartige Antworten, und daß wir nicht sachlich geantwortet hätten respektive daß unsere Angaben nicht stimmen, mag uns die „Deutsche Tageszeitung“ erst einmal widerlegen. Der frühere Generaldirektor kann ihr ja dabei behilflich sein.

Was ist Bevölkerungspolitik?

Wer nicht mit Blindheit geschlagen wird, im Gegensatz zu den Politikern der alten Schule und gewisser freiheitsfeindlicher Claque, sich der Erkenntnis nicht verschließen können, daß der Krieg in der ganzen Anschauung unseres gesellschaftlichen Daseins eine revolutionäre Umwälzung herbeiführen mußte. Vor allem hat die große Tragik der letzten Jahre mit der Menschenvernichtung gegenüber den arroganten Rechtsvertretern der Herrenklasse zur Folge gehabt, daß die Arbeit und mit ihr das arbeitende Volk, jetzt öffentlich eine sachlich höhere Bewertung für sich in Anspruch nehmen kann. Die Arbeit, sie ist die Quelle alles Reichtums und die Grundlage aller Kultur einer Volksgemeinschaft; denn nur durch sie ist es möglich, das was zerstört und vernichtet, wiederherzustellen und das ganze Produktions- und Wirtschaftsgetriebe in neu geordnete Bahnen zu lenken. Daher steht bei der Neuorientierung unseres öffentlichen Lebens das Problem der sogenannten Bevölkerungspolitik im Vordergrund, gleichbedeutend mit der Aufgabe: Die Zahl der geistigen und materiellen Werte erzeugenden Menschenkräfte zu vermehren, und deshalb die Volkszunahme mit allen Mitteln zu fördern. Die Grundlagen dieser Politik, die auch als „Volksgesundheitspolitik“ bezeichnet werden kann, ist die Mutterschafts- und Säuglingsfürsorge, die Familienfrankenhilfe und die Wohnungsreform. Und wie zu erwarten, wird man sich dabei endlich von dem Vorurteil gegen die uneheliche Mutterschafts- und Säuglingsfürsorge freimachen. Im Zusammenhang mit diesem großen Problem steht aber noch eine Zahl von andern Aufgaben und Fragen, z., wie die Volksernährung und der Arbeiterschutz, unbedingt eine Lösung erwarten oder damit fortlaufend zur Austragung gebracht werden müssen.

Es ist eine nicht unbeachtet zu lassende Erscheinung, daß in der Zeitperiode langer Friedensjahre die Vertreter der besitzenden Klasse oder der sogenannten „Herrenklasse“, den gesellschaftlichen Wert des Menschen durch die geldlichen Kosten der Aufzucht, wie die Ausgaben für Nahrung, Schule, Lehrgänge, Studien usw., festzulegen versuchten. Damit sollte festgelegt werden: Je größer diese Kosten, je größer der Menschenwert und das Maß der daraus herzuleitenden Rechte. Dabei wurde aber unmerklich ab-

sichtlich unterlassen, einzufordern, daß eine derartige Einschätzung auch oft sehr problematischer Natur sein kann, insofern der Mensch nicht nach dem äußeren Schein, sondern, entsprechend seiner Erziehung, nur nach seiner Leistung für die Volksgemeinschaft bewertet werden muß. Auch der künstlich konstruierten Ueberbevölkerungstheorie, die von Zeit zu Zeit vor dem Kriege zur öffentlichen Erörterung gebrängt wurde, lagen reaktionäre Motive zugrunde. Ohne sich der Beschäftigung von anderthalb Millionen ausländischer Arbeiter in Deutschland zu erinnern, wurden Arbeitslosigkeit, Lebensmittelverknappung, Wohnungsnot, Rückgang der Kindererzeugung usw. damit begründet. Daher wurden kriegerische Ereignisse, Volksernährung, Aufnahme der Kinder und der sonstigen hohen Sterblichkeit als ein natürlicher Regulator der Bevölkerungsübermehung angesprochen. Im übrigen aber wird die Notwendigkeit des Besitzes von überseeischen Kolonien mit der Volksvermehrung begründet. Ohne dem Deutschen Reich den Besitz von Kolonien abspornen zu wollen, dürfte es doch wohl als sehr fragwürdig erscheinen, ob sich jemals eine nennenswerte Ueberbevölkerung nach diesen Landbeständen abstellen lassen.

Die jetzt eröffnete Bevölkerungspolitik, wobei dem Reichstage, der Gesetzgebung, den Krankenassen und nicht zuletzt auch den Gewerkschaften wichtige und vielseitige praktische Aufgaben zuerzteilt sind, ist durchaus keine neue Erscheinung. Nach jedem Kriege und nach jeder Suche mit beträchtlichem Menschenverlust ist Bevölkerungspolitik getrieben worden. Selbst die Naturvölker suchen durch Frauenraub, Töten von schwächlichen Kindern und Greisen hier „helfend“ einzugreifen. Auch anderwärts haben zu allen Zeiten Volkshäupter, Fürsten und Staatsleiter mit mehr großzügigem Blick für ihre menschenarmen Landesteile sich im wirtschaftlichen und militärischen Interesse eine Bevölkerungspolitik angeeignet sein lassen. Ganze Volkstämme wurden aus den dichtbevölkerten Gegenden nach den weniger bevölkerten zur Auswanderung gezwängt. Ein Bild zu dieser Erscheinung zeigt die Völkerverwanderung der Hirtenvölker, auch vereinzelter Ackerbau treibender Volkstämme vor und in den ersten Jahrhunderten unserer Zeitrechnung. Auch die Geschichte der neueren Zeit gibt hierzu einige recht interessante Beispiele. Abgesehen davon, daß schon in der Reformationszeit es als ein offenes Geheimnis angesehen wurde, daß Fürsten, Adlige und selbst kirchliche Würdenträger mit Frauen im Kontubernat lebten. Wir wissen, wie Luther dagegen eine scharfe Stellung einnahm und mit seinen Billspitzen dazwischen fuhr. Nach dem dreißigjährigen Kriege, wo Land, Städte und Dörfer zerstört und menschenleer waren, wurde den Männern sogar offen oder auch stillschweigend das Zusammenleben mit zwei oder drei Frauen gestattet. Durch behördliche und geistliche Beeinflussung wurde den Frauen der Verkehr mit Männern und die Kindererzeugung recht sehr nahegelegt. Wir wissen, wie einzelne deutsche Fürsten die Auswanderung der Protestanten aus Tirol, Böhmen und aus Frankreich (Hugenottenauswanderung) nach ihren Landesteilen begünstigten und so ihren Landesinnern frisches Blut zuführten oder sonst die geschlechtliche Frucht und Auswahl zu unterstützen suchten. Friedrich Wilhelm I. in Preußen und andere, wie auch sein großer Sohn Friedrich II. förderten die Verheiratung von gesunden, großen und stark gebauten Personen. Dem Geist der Zeit entsprechend wurde hier die rationale Menschenvermehrung wie vom Standpunkt der Viehzucht betrieben; wobei aber immerhin nicht die Methode, sondern der Erfolg als das Entscheidende anzusehen sein wird.

Im übrigen ist es nun doch eine ewige Wahrheit, daß der Krieg, als ein Unglück für alle Völker, unter den Tüchtigsten und Kräftigsten zuerst und zuletzt unter den Schwächlingen aufräumt. Ein längerer Krieg bedeutet deshalb für jedes kriegsführende Volk den Anfang zu einem Prozesse der Degeneration. Der jetzige Krieg hat eine ungeheure Zahl von gesunden, starken, zeugungsfähigen und intelligenten Männern aus allen Massen der Bevölkerung vernichtet. Nach der absoluten Zahl wird die Arbeiterklasse dabei in den Vordergrund treten; jedoch wird sich später das ganze Bild noch in einem andern Lichte zeigen. Hochwertige Kräfte aus den Kreisen der Intellektuellen, wie Lehrer, Hochschullehrer, Künstler, Techniker, Ingenieure, Betriebsleiter und Hochqualifizierte aus der Arbeiterklasse sind tot oder zu Krüppeln geschossen, oder sonst durch Krankheit und Siechtum unbrauchbar geworden, unersetzbar; aber sicher erst nach Jahren zu ersetzen. Hieraus folgert sich nicht nur eine Einbuße in Hinsicht unserer geistigen und sittlichen Erziehung, sondern auch ein unermesslicher Verlust zum wirtschaftlichen Wiederaufbau unserer ganzen produktiven Kraft. Deshalb ist der Aufstieg der Begabten eine bringende Forderung der Zeit!

Das Deutsche Reich hatte im Jahre 1913 rund 67 Millionen und 1914 68 Millionen Einwohner. Als maßgebend für die Bevölkerungsvermehrung muß selbstverständlich der Geburtenüberschuss angesehen werden. Die durchschnittliche Zunahme der Bevölkerung betrug jährlich bei uns in den Jahren 1900 bis 1910 855 881 Personen. Im Jahre 1913 betrug die Zahl der Geborenen 1 894 693 und die der Gestorbenen 1 060 793; demnach ergibt sich in dem letzten Jahre vor dem Kriege ein Ueberschuß von 833 900 Geborenen. Auf 1000 Einwohner kamen Geburten im Durchschnitt des Jahrzehntes: 1871/80 40,7; 1881/90 38,2; 1891/1900 37,4; 1901/10 33,9; 1911 29,5; 1912 29,1; 1913 28,3. Auf 1000 Einwohner kamen Sterbefälle: 1871/80 28,8; 1881/90 26,5; 1891/1900 23,5; 1901/10 19,7; 1911 18,2; 1912 16,4; 1913 15,8. Wir sehen hier eine auffällige Abnahme der Geburten und der Sterbefälle. Die Zunahme der Bevölkerung ist deshalb zu einem nicht unbeträchtlichen Teil auf die Abnahme der Gestorbenen zurückzuführen. Nach den Pressemitteilungen vom 16. Februar dieses Jahres teilte die preussische Regierung im Abgeordnetenhaus dem bevölkerungspolitischen Ausschuss mit, daß der Geburtenausfall im Kriege weit höher sei als die Zahl der Gefallenen, und daß die Geburtenzahl auch nach dem Kriege den früheren Stand nicht erreichen dürfte.

Wenn demnach immer wieder kirchliche Kreise die Ansicht vertreten, daß, wenn man mehr Kinder haben wolle, sie müsse der religiöse Glaube wiederhergestellt werden, so ist das ein Irrtum und auch nicht möglich. Entscheidend hierbei ist die soziale Lage der großen Masse des Volkes.

Und im übrigen lehren auch die Erfahrungen, daß mit einer starken Zunahme der Geburten auch eine Zunahme der Kindersterblichkeit, besonders in den ersten Lebensjahren, verbunden ist. Die Zeit der Weibereife ist unabweislich vorbei. Jetzt heißt es, mit allen Mitteln gegen Volkszählungen, wie Krankheitsgefahren, wirtschaftliche Not, Arbeitslosigkeit usw., die Menschenökonomie und die Lebensdauer der Geborenen zu fördern. Und dabei wird die politisch-geographische Lage Deutschlands gegenüber dem östlichen Nachbar mit den sehr fruchtbaren slawischen Völkern nicht außer acht zu lassen sein. Die „slawische Welle“ bedeutet eine nicht unbeträchtliche Gefahr für den Bestand des Deutschen Reiches. Die Bevölkerungs Zunahme des russischen Staates betrug zum Beispiel für 1910 136.800 Personen. — Wie im „Reichsarbeitsblatt“, Band X, 1911, sehr gut ausgeführt wird: „Bedingt die Erhöhung einer gesunden Lebensdauer auch eine durchschnittliche Erhöhung der produktiven Kraft“. Denn wirtschaftlich betrachtet, entfällt vom 15. Lebensjahre ab ein jedes Lebensjahr 800 Arbeitstage; wobei auch die möglichen Arbeitstage der Strafgefangenen nicht außer acht zu lassen wären. Nach der natürlichen Absterbeordnung der neunziger Jahre (1881 bis 1900) ergab sich für 40,58 männliche und für das weibliche Geschlecht 43,97 Jahren. Diese Lebensdauer hat innerhalb der vorhergehenden zwanzig Jahre nur fünf und bei den Frauen nur fünfzehnhalb Jahre zugenommen. Trotzdem leben wir noch immer hinter den meisten Kulturstaaten zurück. In Schweden, wo die Verhältnisse am günstigsten liegen, beträgt die mittlere Lebensdauer für das männliche Geschlecht 50,91 und für das weibliche Geschlecht 53,88 Jahre, sie ist also um volle zehn Jahre höher als bei der Bevölkerung des Deutschen Reiches. Günstiger zeigen sich die Verhältnisse des statistischen Landesamtes für Preußen, wonach im Jahr 1908 bis 1910 die mittlere Lebensdauer des männlichen Geschlechts auf 46,42 und beim weiblichen Geschlecht auf 50,08 Jahre gestiegen ist.

Im übrigen haben wir mit einem beträchtlichen Frauenüberschuß zu rechnen, der schon 1913 888.800 Personen betrug. Der uneheliche Beschlechtsverkehr wird dadurch mehr vorurteilsfreier und ist stillschweigend anzusehen. Das moralische Element kann hier nicht darin bestehen, das gesellschaftliche Ansehen der unehelichen Mutter und ihres Kindes herabzudrücken; denn um unehelich eine pflichterfüllende Mutter zu sein, dazu gehören stiller Mut und Kraft. Dem entgegen ist die Pflichtvergessenheit eines jeden Vaters zu brandmarken und gesetzlich zu verhindern. Die Belämpfung der Geschlechtskrankheiten bildet einen weiteren Teil der Volkserziehung und entschlossener Maßnahmen der Gesetzgebung. Dabei ohne Ansehen und Schonung von Personen gegen jedes gewissenlose Handeln — vorgegangen werden muß.

Wie uns der Krieg gezeigt hat, ist eine große Zahl von Personen nicht nur bis zum 40. Jahre — sondern bis zum 60. Jahre und darüber hinaus arbeitsfähig, und sie haben „hinter der Front“ in Tag- und Nachtschichten ihre Pflicht erfüllt. Deshalb muß es die Aufgabe der leitenden Kreise der bevölkerungspolitischen Ziele sein, die durch durchschnittliche Lebensdauer der Bevölkerung durch wirksame Gesundheitsvorkehrungen auf 60 bis 65 Jahre zu erhöhen. Zu diesen Maßnahmen gehört auch der gewerbliche Arbeiterschutz, wobei auch den Gewerkschaften durch ihre praktischen Erfahrungen ein nicht unbeträchtlicher Teil dieser Aufgaben zufallen wird.

G. Heinke.

Von unsern Kollegen im Felde.

Das Hansententz und Offene Kreuz zweiter Klasse erhielt der Kollege Felty Krause, Mitglied der Filiale Hamburg.

Unsere Filialen unter dem Kriegszustand.

Berlin. (Jahresbericht.) Wiederum ist ein Jahr verfloßen, ohne daß der Krieg beendet ist. Immer weiter geht dieser Wahnsinn, der auf viele Jahrzehnte hinaus über die Wälder Rot und Glend bringt. Der größte Teil unserer Mitglieder hat zum Militär einrücken müssen, und immer neue Opfer werden von uns verlangt. Zu den 2500 eingezogenen Kollegen sind im Laufe des Jahres noch weitere 172 hinzugekommen, und Todesfälle wurden uns 1917 noch 21 gemeldet. Wir bedauern jedes Leben, das dem Kriege geopfert wurde und noch geopfert wird.

Trotzdem die Agitationsmöglichkeit unter den jetzigen Umständen sehr beschränkt war, haben wir doch noch im Laufe des Jahres 407 Mitglieder neu aufgenommen und 98 Kollegen haben sich vom Militär zurückgemeldet. Aus diesen Zahlen sehen die Kollegen, daß die Organisationsarbeit sich wohl geändert hat, daß sie aber niemals ruhte. Was im Baugewerbe wegen des Materialmangels die Arbeitslosigkeit keine gute zu nennen, so war doch keine große Arbeitslosigkeit zu verzeichnen. Der Grund hierfür lag vor allem darin, daß immer noch ein großer Teil von Kollegen in anderen Berufen beschäftigt wird und dadurch den Arbeitsmarkt entlastet. Wesentlich besser sah es in den Betrieben aus, die direkt oder indirekt für die Kriegsindustrie tätig sind. Hier war auch der Schwerpunkt der Organisationsarbeit hinzuberlegen, und das Ergebnis zeigt, daß diese nicht nutzlos war. Wohl hat auch hier die Arbeitslosigkeit nachgelassen, doch war es immer noch möglich, die Afford- und Stundenlohnverhältnisse für die Kollegen zu verbessern.

Trotz des Bürgerfriedens haben eine ganze Reihe Lohnbewegungen stattgefunden, und zwar die erste bei der Firma Berner, Maschinenfabrik. Am 16. Februar nahmen die dort beschäftigten Kollegen zu einer Lohn-erhöhung Stellung und forderten wegen der gesteigerten Lebensmittelpreise eine Erhöhung des Lohnes von 30 pZt. Da die Firma jedes Entgegenkommen ablehnte, wurde der Kriegsausschuß als Einigungsamt angerufen. Dieser sprach am 8. März un-... 33 beteiligten Kollegen eine Erhöhung des Lohnes von 10 pZt pro Stunde zu.

Das pünktliche Beitragszahlen

ist eine der wichtigsten Pflichten der organisierten Arbeiter. Wer dieses verzögert, schädigt seine Organisation und verliert seinen Anspruch auf Unterstützung. Jede Hummel im Beitragszahlen erschwert dem Kaffierer die Arbeit und mindert seine Lust, für den Verband zu wirken. Pflicht jedes einzelnen Kollegen ist es daher, alles zu tun, um die Organisationsarbeit zu einer Freude für die Mitwirkenden zu machen!

Am 27. Februar nahmen die gesamten Arbeiter der Flugzeugfabrik A. G. G., Hennigsdorf, zu einer Lohnbewegung Stellung; es wurde, nachdem der Arbeiterausschuß mit der Direktion verhandelt hatte, eine Lohn-erhöhung von 10 pZt. für männliche Arbeiter und 10 pZt. pro Stunde für die Frauen bewilligt. An dieser Bewegung waren aus unserm Gewerbe 40 Kollegen und 9 Hilfsarbeiterinnen beteiligt.

Auch die Kolleginnen und Kollegen der Firma Görz, Optische Anstalt, Friedenau, nahmen in einer Werkstatt-versammlung am 28. Februar zu einer Lohn-erhöhung Stellung und forderten für die Kollegen 15 pZt. und für die weiblichen Mitarbeiter 25 pZt. Nach mehrmaligen Verhandlungen wurde für die Kollegen 10 pZt. und für die Kolleginnen 20 pZt. bewilligt. Beteiligt waren 86 Kollegen und 84 Kolleginnen.

In den Rumpkernwerken in Johannisthal traten die Kollegen am 28. April mit dem Ersuchen an die Werksleitung, die bisherigen Löhne um 20 pZt. zu erhöhen. Bei den Verhandlungen lehnte diese die Forderungen ab. Aus diesem Grunde mußte der Kriegsausschuß angerufen werden. Dieser sprach den Kollegen eine Lohnzulage von 15 pZt. zu. Beteiligt waren 85 Kollegen.

Am Flugzeugbau A. G. G., Hennigsdorf, nahmen die gesamten Arbeiter wiederum zu einer Lohn-erhöhung Stellung. Nach längeren Verhandlungen kam hier ein Vergleich zustande, der den männlichen Arbeitern 10 pZt. und den weiblichen Beschäftigten 20 pZt. Lohn-erhöhung zubilligte. Beteiligt waren von unserm Gewerbe 80 Kollegen und 15 Hilfsarbeiterinnen.

Am 9. August nahmen unsere Kollegen in genanntem Werk nochmals zur Verbesserung ihrer Lohnverhältnisse Stellung und beschloßen, eine nochmalige Erhöhung des Stundenlohnes um 15 pZt. zu fordern. Bei den Verhandlungen wurde eine weitere Lohn-erhöhung abgelehnt, jedoch sollten Kollegen, die bisher nur M. 1,80 Stundenlohn erreichten konnten, von jetzt ab bis M. 1,90 steigen. Dadurch trat auch hier für den größten Teil unserer Kollegen eine Erhöhung des Stundenlohnes um 10 pZt. ein.

Bei einer weiteren Verhandlung mit der Firma Görz, Friedenau, kam eine Erhöhung des Lohnes von 6 pZt. für die Kollegen und 8 pZt. für die weiblichen Hilfskräfte heraus, so daß sich der Lohn für die ersten auf M. 1,80 und für die letzteren auf 90 pZt. stellte. In einer größeren Zahl von Betrieben haben die Kollegen ihre Lohnverhältnisse dadurch verbessert, daß sie den Stundenlohnsatz bei der Affordarbeit wesentlich erhöhten, so daß die Löhne in den Betrieben M. 1,80 bis M. 2,80 betragen.

Die Arbeitsvermittlung hat sich im Jahre 1917 wenig verändert, nur das Angebot war etwas günstiger als 1916. Die Frequenz war folgende: Eingefrieden wurden im Laufe des Jahres 8906 Kollegen; offene Stellen waren 5184 gemeldet, davon wurden 3049 besetzt; außerdem wurden nach außerhalb 228 Kollegen verlangt, aber nur 117 vermittelt.

Um die Rechte der Kriegshinterbliebenen und der Kriegsverletzten wahrzunehmen, war die Ortsverwaltung an allen dafür geschaffenen Institutionen mit tätig. Durch diese unsere Mitarbeit wurde, was irgend möglich war, für unsere Klassengenossen herausgeholt. Wenn sich die Verhältnisse während des Krieges auch nicht günstig für uns gestalteten, so haben wir immerhin die schlimmste Zeit doch ziemlich gut überstanden, und man darf wohl die Hoffnung hegen, daß wir ohne große Zerrüttung aus ihr herauskommen werden. Freilich wird dazu die Einigkeit der Kollegen notwendig sein, vor allem aber ein gutes Organisationsverhältnis. Darum seid auf der Wacht, Kollegen! Es gilt, eure Zukunft zu sichern und Euch ein menschenwürdiges Dasein zu schaffen.

Frankfurt a. M. (Jahresbericht.) Die ungünstige Einwirkung des Krieges auf die beruflichen Verhältnisse trat im Berichtsjahr wiederum stark in die Erscheinung. Der Mangel an geeignetem Material machte die Ausführung von Maler- und Weißbinderarbeiten immer schwieriger, und durch zahlreiche Einberufungen zur Hilfsdienstpflicht wurden dem Beruf manche notwendigen Arbeitskräfte entzogen. Für die noch vorhandenen Berufskollegen war daher reichlich Arbeit vorhanden. Arbeitslose kamen nur vereinzelt in Frage und meistens nur dann, wenn es sich um den Wechsel der Arbeitsstelle handelte. Die Frequenz der Arbeitsnachweise war unter diesen Gesichtspunkten bedeutend geringer als im Vorjahre. Auf unserm Arbeitsnachweise wurden 110 offene Stellen gemeldet, von denen nur 26 besetzt werden konnten, gegen 115 im Vorjahre. Auf dem städtischen Arbeitsnachweise wurden 457 offene Stellen gemeldet, von denen 242 besetzt wurden. Diese Zahlen zeigen deutlich den Mangel an Arbeitskräften, der sich öfters auch bei Ausführung von kriegswichtigen Arbeiten empfindlich bemerkbar machte. Eine im März vorgenommene Erhebung, an der sich 226 Mitglieder beteiligten, ergab, daß 40 pZt. in Maler- und Weißbinder-geschäften, 22 pZt. als Ladirer in industriellen Betrieben und 38 pZt. in anderen Berufen, meist als Munitionsarbeiter, beschäftigt waren. Weitere Feuerungs- und Lagerungen wurden für die Lohngebiete Frankfurt a. M., Hanau, Höchst und Offenbach erreicht. Die Unternehmer konnten sich dem berechtigten Verlangen nach einer weiteren Teuerungszulage nicht verschließen und erkannten allgemein ihre Notwendigkeit an, um dem Beruf wenigstens

noch einen Stamm von Arbeitskräften zu erhalten. Zunächst bewilligten sie jedoch in allen Lohngebieten nur 4 pZt. die Stunde; nachdem der Süddeutsche Verbandstag der Unternehmer am 23. April in Mainz gelangt hatte und dieser eine weitere Zulage von 10 pZt. die Stunde empfahl, wurden in allen Lohngebieten noch weitere 6 pZt. bewilligt. Die unorganisierten Unternehmer wurden durch Hirtular ersucht, die Teuerungszulage ebenfalls zu zahlen, und ohne Schwierigkeiten ist auch in allen Betrieben, in denen Gehilfen beschäftigt waren, die Teuerungszulage zur Anzahlung gelangt. Nach den Verhandlungen vor dem Reichsamt des Innern, bei denen gewisse Grundätze über die zu gewährenden Teuerungszulagen aufgestellt wurden, traten wir erneut an die Arbeitgeberorganisation von Frankfurt a. M., Höchst und Offenbach zwecks einer höheren Teuerungszulage heran mit dem Ergebnis, daß sie in Frankfurt a. M. noch 5 pZt., in Höchst noch 3 pZt. und in Offenbach noch 2 pZt. gewährien. Das Gesamtergebnis der bewilligten Teuerungszulage war nun für Frankfurt a. M. 15 pZt., Höchst 18 pZt., Offenbach 12 pZt. und Hanau 10 pZt. Auch die weitere Zulage von 2, 3 und 5 pZt. zahlten die unorganisierten Arbeitgeber auf Ansuchen ohne Schwierigkeiten aus. Die Tarifinstanzen brauchten im ganzen Jahre nicht in Tätigkeit zu treten. Auch die Ladirer der Adierwerke bemühten sich, ihr Einkommen entsprechend zu erhöhen. Sie traten an die Firma zwecks Erhöhung der Affordpreise und Gewährung einer weiteren Teuerungszulage heran. Erreicht wurde nach mehrmaligem Verhandeln durch eine Kommission der Ladirer und schriftliches Eingreifen der Filialverwaltung eine weitere Erhöhung der Teuerungszulage um durchschnittlich 15 pZt. die Stunde; dagegen ging die Firma auf eine Erhöhung der Affordpreise nicht ein. Versammlungen im Filialgebiet fanden insgesamt 10 statt, ferner 12 Sitzungen der Filialverwaltung und 2 Sitzungen der Vertrauensleute. Das Abhalten der Versammlungen wird immer schwieriger, da die größtenteils auswärts wohnenden Kollegen durch die eingeschränkten Verkehrsverhältnisse an eine bestimmte Fahrgelegenheit gebunden sind. Auch das Auffuchen der Kollegen in den Bahnhöfen ist ganz besonders durch den stark eingeschränkten Sonntagsverkehr erheblich beeinträchtigt, doch blieb der Organisationsapparat ständig im Takt, und durch die regelmäßige Einkassierung der Beiträge wurde die Fälligkeit mit den Mitgliedern immer aufrechterhalten. Der schriftliche Verkehr mit den Mitgliedern mußte jedoch den mündlichen stark ergänzen; es waren 4864 ausgehende Postsendungen zur Erledigung der geschäftlichen Angelegenheiten notwendig. Mit den Kollegen beim Militär wurde die weitestgehende Fälligkeit gehalten. Durch regelmäßiges Zusenden des „Vereins-Anzeigers“ hat sich der schriftliche Verkehr mit denselben außerordentlich gesteigert. 921 eingegangene Sendungen unserer Feldgrauen stehen 8086 abgegangene Sendungen gegenüber. Die Zusendung des „Vereins-Anzeigers“ ins Feld hat auch im Berichtsjahr bei den Kollegen gute Aufnahme gefunden, und durch die zahlreichen Zuschriften, die einliefen, kam immer wieder zum Ausdruck, daß man den „Vereins-Anzeiger“ mit Freuden und Dank erhalten habe. Auch die allgemeinen Verbandsfragen fanden das lebhafteste Interesse bei den Kollegen im Heeresdienst. Die Mitgliederbewegung kann zwar keinen Fortschritt aufweisen, aber immerhin wurde der Stand ziemlich behauptet, und es scheint der tiefste Punkt bereits überschritten zu sein, der am Schluß des ersten Quartals 288 betrug, während bis zum Jahresluß die Mitgliederzahl bereits wieder 300 erreicht hatte. Zum Heeresdienst wurden 46 Mitglieder einberufen, während sich 52 vom Militär zurückmeldeeten. Insgesamt waren am Jahresluß mit den in den Jahren 1912 und 1913 einberufenen Kollegen 1580 Mitglieder beim Militär gemeldet. Gefallen sind im Laufe des Jahres weitere 10 Kollegen. Der Gesundheitszustand der Mitglieder war nicht am besten, was durch die gemeldeten 149 Erkrankungsfälle, die unterstützt wurden, stark in Erscheinung tritt. Gestorben sind acht Mitglieder. Die Gesamteinnahmen der Filiale inklusive des Kassenvortrages von M. 9386,94 beliefen sich auf M. 27.841,16 und die Gesamtausgaben auf M. 17.834,59, so daß ein Kassenvortrag von M. 9506,57 verblieb. An Krankenunterstützung wurden M. 4489,55, an Sterbegehalt M. 775, für Familienunterstützung M. 3516 verausgabt. An die Hauptkasse konnten noch M. 900 nach Abzug des Zuschusses in bar gefandt werden. Am letzten Sonntag im Februar nahm eine gut besuchte Generalversammlung den Jahresbericht ohne Diskussion entgegen. Nach den notwendigen Ergänzungswahlen wurde ein Bericht über die Verhandlungen in Berlin betreffs der Tarifverlängerung und der weiteren Teuerungszulage erstattet. Das Ergebnis fand nach kurzer Diskussion die Zustimmung der Versammlung. Die beantragte Beitrags-erhöhung von 20 pZt. pro Woche fand einstimmige Annahme, nachdem die Notwendigkeit der Erhöhung in der Diskussion allgemein zum Ausdruck kam.

Wiesbaden. (Jahresbericht.) Durch die Ausdehnung der Hilfsdienstpflicht und die anhaltende Materialknappheit ist die Zahl der im Berufe beschäftigten Kollegen weiter zurückgegangen. Nach der im Dezember gemachten Feststellung waren nur noch etwa 40 Kollegen im Berufe, die übrigen meist in kriegswirtschaftlichen Betrieben beschäftigt. Auch die Zahl der tatsächlich vorhandenen Berufskollegen hat sich weiter verringert; denn im Schluß des Jahres 1916 wurden noch 215 Berufskollegen im Bereich der Filiale ermittelt, während am Jahresluß 1917 nur noch 178 gezählt wurden. Die Frequenz des paritätischen Arbeitsnachweises war unter der geringen beruflichen Tätigkeit minimal. Es meldeten sich 58 arbeitslose Kollegen, denen 40 offene Stellen gegenüberstanden, von denen 34 besetzt wurden. In organisatorischer Hinsicht hat sich in der Filiale im Laufe des Jahres nicht viel verändert. Der Mitgliederbestand wurde ziemlich behauptet. Den 38 weiteren Einberufungen zum Heeresdienst stehen ebenfalls Rückmeldungen entgegen; der übrige Ab- und Zugang gleich sich ebenfalls so ziemlich aus, so daß am Jahresluß eine Mitgliederzahl von 137 vorhanden war, gegen 166 zu Beginn desselben. Die laufenden organisatorischen Fragen wurden in 4 Versammlungen behandelt, deren Besuch als befriedigend zu bezeichnen ist, unter Berücksichtigung des Umstandes, daß die Mehrzahl der Mitglieder in mehr als 20 Orten der Umgegend zerstreut wohn-

nen. Im allgemeinen hat sich die Verbindung mit den Mitglie- dern durch die Einkofferung der Beiträge immer noch gut herbeiführen lassen, auch die Beitragsleistung selbst ist befriedigend; denn es haben 143 Mitglieder volle 52 Wochen- beiträge geleistet. Nicht lebhaft gestaltet sich der schrift- liche Verkehr; 631 eingegangene Sendungen stehen 7401 ausgegangene Sendungen gegenüber, davon sind 5468 Sendungen an die Kollegen beim Militär. Diesen ging der „Vereinsteil-Anzeiger“ alle drei Wochen regelmäßig zu. Am Jahreschlusse standen 615 Mitglieder im Vereins- dienste. Gefallen sind im Laufe des Jahres 13 Kollegen. Die Bewegung um eine weitere Forderung der Lage brachte eine solche von 10 % pro Stunde jedoch nicht auf einmal, sondern zunächst bewilligten die Arbeitgeber 5 %, dann 7 % und auf unser weiteres Aufsuchen 10 % die Stunde. Die Durchführung dieser Zulage erfolgte ohne Schwierigkeiten. Nachdem die Innungsverammlung die Bewilligung der Zulage zum Beschluß erhoben hatte, war dieser für alle Arbeitgeber maßgebend. Die finan- ziellen Verhältnisse der Filiale leiden naturgemäß unter der Länge des Krieges, immerhin hat sich das Filial- vermögen im Berichtsjahre nur ganz unwesentlich ver- ringert. Die Gesamteinnahmen der Filiale betragen ins- gesamt eines Kassenvortrages von M. 2055,55 insgesamt M. 1818,45, die Ausgaben M. 7852,03, so daß ein Kassens- bestand von M. 1096,12 verblieb. Nach Abzug des der Haupt- klasse gebührenden Anteiles von M. 628,81 verblieb der Filiale am Schlusse des vierten Kriegsjahres noch ein Vermögen von M. 1307,87. Von den Ausgaben seien erwähnt: M. 2026,25 Krankenunterstützung, M. 570 Sterbeunter- stützung, M. 1782 Familienunterstützung und M. 41 Arbeits- losenunterstützung. In die Hauptklasse wurden M. 1100,61 gelangt. Die Ausgaben der Filiale betragen M. 1414,17, die Einnahmen M. 1885,63. Eine kürzlich stattgefundene Generalversammlung der Filiale nahm diesen Bericht zur Kenntnis und beschloß in Würdigung der Verhältnisse, den Beitrag um 20 % pro Woche zu erhöhen, um damit gleich- zeitig eine Stärkung der Finanzen der Filiale herbei- zuführen. Auch sonst war die Stimmung der Versamm- lung vom besten Geist getragen, so daß die beste Hoffnung besteht, daß die Kollegen auch in der Zukunft mit aller Kraft für die Organisation wirken und insbesondere nach Freie- deuschluß gewillt sind, fest mit Hand ans Werk zu legen, um die Filiale wieder auf eine breite Basis zu stellen.

Aus Unternehmerkreisen.

Ueber die Gründungsversammlung der Einlaufs- und Verteilungsgenossenschaft zu Hannover berichtet in der Sitzung des deutschen Schutzbundes der Lad- und Farbenindustrie am 14. März d. J. der Syndikus Herr Dr. Starke. Nach seinen Ausführungen sei es das dringendste organisatorische Ziel der Genossenschaft, alle Händler des Lad- und Farbenfaches Deutschlands für die Genossenschaft zu gewinnen. Die Erreichung dieses Zieles wird keine erheblichen Schwierigkeiten machen, wie die zahlreichen von den Verbänden gesammelten Beitrittserklärungen beweisen. Keine Firma des Faches wird sich der Ueberzeugung ver- schließen, daß ein Zusammenhalt zur Wahrung der Nach- interessens während der Uebergangszeit unerlässlich sei und nicht mehr aufgeschoben werden könne. Die Genossenschaft werde mit den Reichsbehörden und allen mit der Verteilung und dem Einkauf von Artikeln des Lad- und Farbenfaches beauftragten Stellen in Zusammen- hang sein. Sie werde über genügend Geldmittel und hin- reichenden Kredit verfügen, um diejenigen Roh- und Halb- stoffe, die für den Handel des Lad- und Farbenfaches er- langbar seien, an sich zu ziehen und an die Mitglieder abzu- geben. Auch sonst werden der Genossenschaft in der kom- menden, wirtschaftlich überaus schwierigen Zeit große Auf- gaben gestellt sein. Die Vorarbeiten zur Ausarbeitung des Verteilungs- schließels, der sich nach den Umverhältnissen der Mit- glieder in den Friedensjahren 1911 bis 1913 richtet, seien in Vorbereitung. Es ist bezeichnend, daß der Großhandel die aus der Not der Zeit erwachsenen und größerer Entwidlung zutreibenden genossenschaftlichen Gebilde des Handels in schärfster Weise zu bekämpfen sucht, zum Schutze der Großhandels- interessen aber selbst die Beschreitung des genossenschaftlichen Weges nicht scheut.

Baugewerbliches.

Zur Regelung der Bautätigkeit. Die bisherigen Richtlinien für die Wittivkung der Kriegsamtsstellen bei der Regelung der Bautätigkeit sind für das Baujahr 1918 ergänzt worden. Hauptaufgabe bleibt es, die Leistungsfähigkeit der Kriegsindustrie auf dem erreichten Stande unbedingt zu er- halten. Der Bau von landwirtschaftlichen Betriebsgebäuden ist in stärkerem Maße als bisher zu fördern. Neue Aufgaben ergeben sich aus der Gestaltung der Wohnungsfrage. Das Kriegsamts hält es für seine Pflicht, durch geeignete Maß- nahmen der schon vorhandenen oder zu erwartenden Woh- nungsnot vorzubeugen. Die Kriegsamtsstellen sind daher angewiesen worden, soweit eine Wohnungsnot wirklich be- steht und die Dringlichkeit ihrer Beseitigung nachgewiesen ist, die erforderlichen Bauten wirksam zu unterstützen und die benötigten Baustoffe freizugeben. Die Feststellung der Dringlichkeit erfolgt im Einvernehmen mit den zuständigen Zivilbehörden. In Betracht kommen:

- A. Um- und Ausbauten, insbesondere Umbau von größeren Wohnungen durch Zerlegung in kleinere, eine Maßnahme, die meist ohne erhebliche Schwierigkeiten ausführbar und nach Möglichkeit zu fördern sein wird. Außerdem stehen in Frage Aus- bau der Dachböden für Wohnzwecke sowie Neuanlage von Kellerwohnungen; letztere sind jedoch nur zu- lässig in ganz besonderen Notfällen und unter bau- lich und gesundheitslich besonders günstigen Verhält- nissen bei schärfster Beurteilung.
- B. Kostensparende, zum Beispiel Baracken in beschleunigter Ausführung, ein Ausbittelsmittel zur

beschleunigten Beseitigung der Wohnungsnot, das nur in dringenden Ausnahmefällen zu empfehlen ist. C. Neubauten: a) Fertigstellung der stillgelegten Wohnungsbauten: Die Weiterführung ist von Fall zu Fall zu prüfen und kann, wenn es die Verhält- nisse einigermaßen zulassen, namentlich bei geringen Anforderungen an beschlagnahmten Baustoffen, ge- nehmigt werden. b) Bau von Einzelwohn- und Gruppenhäusern: Die Anträge sind von Fall zu Fall zu prüfen, jedoch unter schärfster Beurteilung, soweit es sich um größere Wohnungen handelt. Luxus- bauten sind verboten. c) Kleinwohnungsbauten sind mit allen Kräften zu fördern. Anträge aus der Industrie auf Herstellung von Arbeiterwohnungen sowie seitens der Gemeinden sind der Bautenprüf- stelle umgehend zur Prüfung vorzulegen. Die Ge- nehmigung ist abhängig zu machen von der Zusam- menfassung der zuständigen Landes- und Gemeinde- behörden.

Die Kriegsamtsstellen sind angewiesen worden, die zur Förderung dieser Aufgaben etwa erforderlichen Einzel- dispensen oder grundsätzliche Dispensen von den bestehenden feiner- und baupolizeilichen Vorschriften bei den zuständigen Behörden zu erwirken. Eine Entscheidung über den Zeit- punkt, an dem nach dem Kriege die unter A genannten neu entstandenen Wohnungen geräumt werden müssen, hat durch die jeweils zuständige Regierung (in Preußen durch den Herrn Oberpräsidenten) zu erfolgen.

Für die Zuführung der notwendigen Baustoffe ist als Grundsatz festzuhalten, daß die nächstgelegenen Bezugs- quellen zu wählen sind und daß Landfuhrwerk sowie Wasserwege für den Transport möglichst ausgenutzt werden.

Gewerkschaftliches.

Die Gewerkschaften und die politischen Streiks. In einem an die organisierte Arbeiterschaft gerichteten Flugblatt nimmt die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands Stellung zu den politischen Streiks, insbe- sondere zu dem Ende Januar in Berlin stattgefundenen Streik. In dem Flugblatt wird dargelegt, daß die Gewerkschaften weder vor Ausbruch des Streiks befragt noch zu seiner Leitung hinzugezogen worden seien. Die Absicht der Gewerkschaften, nach Ausbruch des Streiks zu dessen einiger- maßen glücklichen Beendigung beizutragen, sei von den Führern der Unabhängigen hintertrieben worden. Bereits wochenlang vor Ausbruch des Streiks sei in einem der anonymen Flugblätter an die Arbeiter die folgende Auf- forderung gerichtet worden:

„Sorgt dafür, daß die Gewerkschafts- führer, die Regierungspolitiker und andere „Durch- halter“ unter keinen Umständen in die Vertretungen ge- wählt werden. Heraus mit den Durcheinander aus den Ar- beiterversammlungen! Diese Handlanger und frei- willigen Agenten der Regierung, diese Todfeinde des Massenstreiks haben unter den kämpfenden Arbeitern nichts zu suchen!“

Des weiteren wird in dem Flugblatt darauf verwiesen, daß der von Vertretern der Generalkommission unternom- mene Versuch, dem Streik durch Verhandlungen mit der Regierung einen geordneten und erfolgreichen Abschluß zu verschaffen, durch die Vertreter der Unabhängigen un- möglich gemacht worden sei, indem diese jegliche Ver- handlungen unter Teilnahme der Generalkommission ab- lehnten. Ihrem Verhalten sei es demnach zuzuschreiben, wenn der Streik in Berlin jenen beschämenden und die Arbeiter schädigenden Ausgang genommen hat. Das Flug- blatt der Generalkommission schließt:

„Deshalb rufen wir die Arbeiter Deutschlands auf, sich nicht fernhin durch anonyme Flugblätter zu Streiks und Unbesonnenheiten provozieren zu lassen. Niemand kann nachprüfen, wer hinter dergleichen Erzeugnissen der Drucker- presse steht. Die Erfahrungen des Sozialistengesetzes sollen nicht unbeachtet bleiben. Heute, die ein reines Gewissen und aufrichtige Absichten im Interesse der Arbeiterklasse haben, bedienen sich solcher Mittel nicht. Sie haben den Mut, müssen den Mut haben, die Verantwortung für ihr Tun offen zu tragen und sich nicht selbst in sorgsam ge- schütztem Hintergrunde zu halten, wenn sie die Arbeiter zu Taten auffordern, die von unberechenbarer Tragweite so- wohl für den einzelnen als für die Klasse und schließlich für das Volk in seiner Gesamtheit werden können. Die deutschen Arbeiter haben ihre politischen und gewerkschaftlichen Or- ganisationen auch im Kriege aufrechterhalten und nur durch diese ist eine wirksame Vertretung der Interessen der Ar- beiter möglich.“

Arbeiter, Genossen! Laßt Euch nicht provozieren, Eure Kräfte in aussichtslosen Kämpfen zu vergeuden. Seht Euch die Arbeiterzerplitterer, die an Euch herantreten, genau an und gebt ihnen die einzig gebührende Antwort, indem Ihr sie von Euch weist. Haltet Wacht um Eure ge- werkschaftliche Organisationen. Schwere wirtschaftliche Kämpfe stehen uns in der Zukunft bevor, um die Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu heben, mehr Brot und mehr freie Zeit dem deutschen Arbeiter und seiner Familie zu erringen. Dazu bedürfen wir der Kraft und der Geschlossenheit der gewerkschaftlichen Or- ganisationen. Wer sie zerplittert und schwächt, ihre Einmütigkeit im Kampfe lähmt, ist ein Verräter der Arbeiterklasse. Nur wer emsig an ihrem Ausbau und ihrer Stärkung arbeitet, leistet der Arbeiterklasse wert- volle Dienste. Deshalb: Ginein in die Gewerkschaften, baut sie aus, macht sie fähig, die künftigen Kämpfe erfolgreich zu führen!“ Das Flugblatt soll von den Gewerkschaftsstellern ver- breitet werden.

Sozialpolitisches.

Rundgebung des Volksbundes. Der Vorstand des „Volksbundes für Freiheit und Vaterland“ ruft alle dem Volksbund angehörigen Verbände, Vereine, Mitglieder und Freunde zur eifrigen Beteiligung an der 8. Kriegs- anleihe auf.

Dem Frieden im Osten seien die Feinde im Westen die verschärfte Entschlossenheit ihres Vernichtungswillens entgegen. Deutschland steht nach wie vor im Verteidigungskampfe um sein Dasein, seine Ehre und Freiheit. Darum werbt für die 8. Kriegsanleihe, zeichnet die 8. Kriegsanleihe!

Die 8. Kriegsanleihe soll und wird den Beweis dafür bringen, daß das deutsche Volk tief im 4. Kriegsjahre un- gebrochen in seiner Wirtschaftskraft und Opferwilligkeit ist. Es wird in dieser Opferwilligkeit nicht erschüttert durch das schlechte Beispiel derjenigen, die aus der Kriegsnot Wucher- gewinne bezogen haben.

Der Volksbund beurteilt aufs schärfste solche Fälle niedriger Profitgier, die der Ehre der deutschen Industrie zumiderlaufen, und begrüßt alle Maßnahmen, die der Ver- wucherung des Reiches steuern sollen.

Die Schatten, die solche unbilligen Vorgänge auf das Ansehen des deutschen Wirtschaftslebens geworfen haben, müssen weichen vor dem glänzenden

Erfolg der 8. Kriegsanleihe!

Eine Rundgebung für Sozialpolitik veranstaltet die Gesellschaft für Soziale Reform am Sonntag, 14. April, mittags 12 Uhr, im großen Saale der „Philharmonie“, Berlin, Bernburger Straße 22. Die Leitung der Versamm- lung liegt in den Händen des Herrn Staatsministers a. D., Dr. Freiherr v. Berlepsch. Den einleitenden Vortrag hält Professor Dr. Ernst Brande. Ansprachen werden ferner halten: Brentano, Dernburg, Graf Hofadovsky, Wellisch, auch Herlner und Dike. Für die Arbeiter sprechen: Segler, Siegerwald, Hartmann, Jäler; für die Angestellten: Bösch, Köhle, Aufhäuser, Fräulein Hermann; für die Beamten: Kommers.

Literarisches.

„Die Glode“, Sozialistische Wochenschrift. Heraus- geber: Marcus (Verlag für Sozialwissenschaft, G. m. b. H., Berlin SW. 68). Das eben erschienene Heft 1 enthält u. a. folgende Artikel: Dr. Paul Lensch, M. d. R.: Weltentwende. August Winnig: Vom deutschen Wesen. Ernst Heilmann: Das Phantom unserer Kriegsschulden. Dr. Hans Tschann- macher: Ein Leichensänger des Liberalismus. Manfred: Die Kolonialpolitik des siegreichen Sozialismus. Glossen. Einzelhefte 80 S., vierteljährlich M. 3,50 bei allen Buch- handlungen und Postanstalten.

Forscherfahrt in Fernbesland. (Vogelleben in der Dobrubtscha.) Von Dr. Kurt Hoeride, 84 Seiten. Oktav. Stuttgart, Kosmos, Gesellschaft der Naturfreunde (Geschäftsstelle: Franckh'sche Verlagsbuchhandlung). 1918. Ge- heftet M. 1,25, gebunden M. 2. — Hoeride, dem wir schon manche lichtvolle Arbeit über den nahen Orient verdanken, entwirft hier ein fesselndes Bild von Land und Leuten, der zukunftsreichen Dobrubtscha, und schildert dann lebensprühend und begeisterungsvoll die dortige Vogelwelt, die einen ungewöhnlichen Reichtum an großen Raubbögeln sowie einzigartige Massenflüge von seltenen Sturmvögeln und Wasserbögeln aufzuweisen hat. Den Kernpunkt des Büchleins bildet das Vogelparadies der Donaubalka, in dessen geheimnisvolle Tiefe uns der Verfasser verständ- nisvoll und meisterhaft einen Blick werfen läßt.

Uebergangswirtschaft und Textilarbeiter. Von Hermann Fickel. Zeitschrift des Deutschen Textil- arbeiterverbandes. Herausgegeben im Auftrage seiner Kom- mission für Uebergangswirtschaft. Verlag: Karl Hübsch, Berlin, 1918.

Sterbetafel.

Berlin. Am 22. März starb der Kollege Adolf Maurischat, geboren am 8. Mai 1880 in Lütke.
Leipzig. Am 7. März starb unser langjähriger Vertrauens- mann der Zahlstelle G. I. L. e. n. b. u. r. g., der Kollege Brun- t. h. o. r. s. t., im Alter von 42 Jahren.
Ehre ihrem Andenken!

Vereinsteil.

Bericht der Hauptklasse vom 2. bis 6. April.
Eingefandt haben für das 1. Quartal: Grünberg M. 95, Gildesheim 100, Plauen 180, Wilhelmshaven 100, Branden- burg 69,88, Ulm 150, München 700, Bremerhaven 700, Duisburg 60, Frankfurt a. d. O. 60, Aachen 45, Cassel 400, Für das 2. Quartal: Meerane M. 181,82, Worms 114,95, Rostock 200, Eisenach 80, Potsdam 150.
Die Woche vom 14. bis 20. April ist die 16. Bei- tragswache.
S. Wenker, Kassierer.

Der heutigen Ausgabe liegt die Nummer 18 des „Correspondenzblattes“ bei.

Mein Verfahren

zur Herstellung von Kitt!
zum Dichten von Fußbodenfugen und Vertiefen von Böden jeder Art sowie zum Ausgleichen ausgeleerter Treppen- stufen, zum Ausfüllen von Wandlöchern, gegen Ungeziefer, Mäuse u. s. w., auch zum Ausgleichen von Formen verwendbar, bin ich willens, sofort zu verkaufen.
Asbestfaser-Fussbodenwerke
Melaphon
Obermühle Girschberg, Schleen.